



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

27.03.06

Rossmann kontert CDU-MdB Schröder:

„Auch CDU-Minister sollten Ver.di-Mitglieder werden!“

„Der Mitgliedsausweis der Gewerkschaft ist kein Beweis für geplanten Landesverrat sondern genau das Gegenteil.“ Mit diesen Worten hat der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann jetzt den schleswig-holsteinischen Innenminister Ralf Stegner gegen den Angriff des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Ole Schröder verteidigt, der ihm im aktuellen Arbeitskampf ein Loyalitätsproblem aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di unterstellt hatte.

„Dieser Vorwurf ist einfach nur perfide, weil er impliziert, Stegner setze sich nicht mit ganzer Kraft für die Interessen Schleswig-Holsteins ein. Glücklicherweise kennen die Menschen Ralf Stegner seit Jahren genauso, wie ihn manche von der politischen Konkurrenz nicht haben wollen: als tatkräftig zupackenden,

streitbaren Anwalt unseres Landes, der nicht vergessen hat, wo seine Wurzeln sind.“

Stegner habe gerade in der Tarifaueinandersetzung bewiesen, dass er lösungsorientiert und ohne ideologische Scheuklappen agiere. Rossmann: „Wenn er – übrigens mit Rückendeckung des schleswig-holsteinischen Kabinetts – auf eine Kompromisslösung hinwirkt, ist das nur zu unterstützen. Und es ist alle Mal besser als die Vorgehensweise des niedersächsischen Finanzministers Möllring, der voll in der Rolle des Tarif-Rambos aufgehen will und keinerlei Kompromissangebote macht.“

Für die Lösung des Arbeitskampfes wäre nach Rossmanns Auffassung eine differenzierte Regelung zweckdienlich. „Wir können die Bezieher kleiner Einkommen und besonders belasteten Arbeitnehmer nicht immer weiter belasten“, betont der Abgeordnete. „Bei den zu verhandelnden Kompromissen wäre daher eine Staffelung nach Belastung und Gehaltshöhe sinnvoll, wie es in Hamburg beispielhaft vereinbart worden ist und wie es vor drei Jahren – übrigens auf Ralf Stegners Initiative hin – in Schleswig-Holstein mit sozialer Ausgewogenheit bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld beschlossen wurde.“